

■ 15. Frankfurter Medienrechtstage 2018 und Neueröffnung der SOG-Zweigstelle Frankfurt (Oder)

Die Lage der Medien in Südosteuropa

Veranstalter: Studien- und Forschungsschwerpunkt Medienrecht der Juristischen Fakultät der Europa-Universität Viadrina / Südosteuropa-Gesellschaft e.V. / Medienprogramm Südosteuropa der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. / mit freundlicher Unterstützung der Märkischen Oderzeitung und der FAZIT-Stiftung

Frankfurt (Oder), 26./27. Juni 2018

Bericht von Margarita Hamann, Frankfurt (Oder)

□ Vom 26. bis 27. Juni 2018 fanden an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) die 15. Frankfurter Medienrechtstage 2018 zum Thema „Die Lage der Medien in Südosteuropa“ statt, die mit der feierlichen Eröffnung der Zweigstelle Frankfurt (Oder) der Südosteuropa-Gesellschaft e. V. (SOG) kombiniert wurden.

In ihrer Eröffnungsrede begrüßte Prof. Dr. *Claudia Weber*, Vizepräsidentin der Europa-Universität Viadrina und Leiterin der neu eröffneten Zweigstelle Frankfurt (Oder) der Südosteuropa-Gesellschaft, im Namen der Universitätsleitung die Teilnehmer der diesjährigen Medienrechtstage und dankte den Veranstaltern für deren langjähriges Engagement bei der bereits seit fünfzehn Jahren stattfindenden Veranstaltung. Weber betonte dabei die Bedeutung einer kritischen Auseinandersetzung mit der politischen und rechtlichen Lage freier Medien in Ost- und Südosteuropa. Ebenso sei der Wert der Presse- und Meinungsfreiheit und der damit verbundene freie Journalismus, der immens zu einer Vielfalt an divergierenden Meinungen beitrage, als ein gesamteuropäisches Anliegen zu betrachten. Dabei sei ein Vergleich zu Deutschland und anderen europäischen Ländern nicht überflüssig, sondern umso dringlicher notwendig. Für die Viadrina in ihrer Rolle als eine der beiden „Europa-Universitäten“ in Deutschland sei die Eröffnung der Zweigstelle der Südosteuropa-Gesellschaft im Rahmen der Medienrechtstage eine besondere Freude und Bereicherung. So würden die Beziehungen der Universität zu Osteuropa nun auch um Südosteuropa erweitert und die europapolitische Kompetenz werde an den Fakultäten noch tiefer verankert. Dies sei ein weiterer wichtiger Schritt, um die Viadrina zu einem Ort kritischer Europa-Studien zu machen.

Eröffnung der Zweigstelle Frankfurt (Oder) der Südosteuropa-Gesellschaft

In der anschließenden Rede zur Eröffnung der 21. Zweigstelle der Südosteuropa-Gesellschaft in Frankfurt (Oder) ging deren Geschäftsführer, Dr. *Hansjörg Brey*, zunächst auf die Rolle der Südosteuropa-Gesellschaft als Mittlerorganisation für den Raum Südosteuropa ein. Die Gesellschaft stelle ein einmaliges Netzwerk aus ungefähr 700 Mitgliedern aus den Bereichen Wissenschaft, Politik, Medien, Wirtschaft und Kultur im deutschsprachigen und internationalen Raum dar, deren Enthusiasmus sich in vielfältiger Weise äußere. Die Eröffnung der Zweigstelle mit den 15. Frankfurter Medienrechtstagen 2018 stattfinden zu lassen, hielt Dr. Brey für eine sinnvolle Strategie, um die Standortvorteile für eine Zweigstelle in Frankfurt (Oder) zu nutzen. Letztendlich sei es die Aufgabe einer

Zweigstelle, die Potenziale verschiedener Disziplinen zu bündeln, denn so könne man vor Ort ein breiteres Publikum ansprechen.

Zur Lage der Medien in Südosteuropa

Einen Überblick über die Lage der Medien in Südosteuropa gab der Vortrag von Prof. Dr. *Johannes Weberling*, Leiter des Studien- und Forschungsschwerpunktes Medienrecht der Europa-Universität Viadrina und Initiator der Medienrechtstage: Diene die Freiheit der Medien als Maßstab für den Zustand der Freiheit einer Gesellschaft, so sehe es in Südosteuropa recht düster aus, so Weberling. Auch aus dem Ranking der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen ergebe sich, dass die Medien in Ost- und Südosteuropa in unterschiedlichem Ausmaß sehr unfrei seien. Die Medienrechtstage seien gegründet worden, um die rasante Entwicklung der Medien in Südosteuropa unterstützend zu begleiten und zu fördern und seitdem hätten die Medienrechtstage zwei Phasen durchlaufen.

In der ersten Phase wurde die Rechtslage der jeweiligen ost- und südosteuropäischen Länder diskutiert, die grundsätzlich nicht schlecht gewesen sei und lediglich ein paar Ergänzungen benötigt hätte. Man habe sich gefragt, wie man diese Entwicklung vorantreiben könne. Auch der Einfluss deutscher Verlage auf die Medienlandschaft wurde kontrovers diskutiert, aber aus journalistischer Sicht sah man darin eher eine Chance als eine Gefahr. Denn deutsche Medienmanager hätten keinen Einfluss auf die Themenauswahl und Tendenz genommen und stünden bei Rechtsstreitigkeiten im Zweifel auch finanziell hinter ihren Angestellten. Anschließend habe man sich Themen wie den Gesetzen über Informationsansprüche für Journalistinnen und Journalisten, der Sicherung der Pressefreiheit in der Ukraine und Russland sowie der kritischen Berichterstattung in Krisenzeiten gewidmet. Auch die Analyse der Strukturen zur Unterdrückung freier Berichterstattung sowie die Aufarbeitung der Vergangenheit und die Digitalisierung spielten in dieser ersten Phase eine Rolle. Einerseits kam man zu der Erkenntnis, dass gegen einen absoluten, gewalttätigen Machtanspruch eines skrupellosen Staates auch freie Berichterstattung kaum Mittel habe. Andererseits hätten sich aber Aufarbeitungsinstitutionen vernetzt und seien als feste Ansprechpartner der Europäischen Union anerkannt worden.

Begonnen habe die zweite Phase 2010, als sich die Lage der freien Medien in Ungarn unter den Reformen der Fidész-Regierung drastisch verschlechterte, die Macht der Oligarchen in Serbien weiter zunahm, die Regierung in Rumänien korrupter und der finanzielle Druck auf Journalistinnen und Journalisten immer größer wurde. Selbstorganisation und Selbstregulierung unabhängiger Medien abseits staatlicher Einflussnahme, der Wandel der Medien durch das Internet sowie die Suche nach neuen Geschäftsmodellen wie beispielsweise Genossenschaften seien dabei entscheidende Themen der Medienrechtstage gewesen. Auch die heutige Medienlandschaft in den betroffenen Regionen sei von starker Überwachung, Repressionen und wirtschaftlichem Druck auf die Presse, Medienmonopolen und zu engen Verflechtungen zwischen Staat und Medien geprägt. Um die Zukunft der freien Medien in Südosteuropa zu verbessern, müsse ohne Denkverbote gearbeitet und offen diskutiert werden – und gerade deshalb sei die Stärkung und Ergänzung der Medienrechtstage in Frankfurt (Oder) durch die SOG-Zweigstelle besonders relevant.

In einer von Prof. Claudia Weber moderierten Plenumsdiskussion wurde an dem historischen Beispiel des Kalten Krieges verdeutlicht, wie wichtig es ist, dass freie Medien in autokratisch regierten Gesellschaften tätig sind. Trotz unterschiedlicher politischer und rechtlicher Situationen habe sich eine Wahrheit nicht geändert, nämlich dass der informierte Mensch der größte Feind von Diktaturen sei. Kritisch wurde auch der Umgang mit Journalisten und Kurden in der Türkei diskutiert. So stellte sich die Frage, wie man einen kritischen Umgang mit Medien in der türkischen Gesellschaft erzielen und was man von Deutschland aus konkret tun könne. Laut Prof. Johannes Weberling sei dies zum einen Aufgabe der Bildung, in die man in Deutschland investieren könne, zum anderen die der Menschen vor Ort: Hier

sei eine Einflussnahme seitens der in Deutschland lebenden Familien und Freunde bedingt möglich und auch weiterhin nicht zu spät.

Auch die aus den Online-Medienangeboten resultierenden Schwierigkeiten, wie z.B. das Verschwinden guter Berichte hinter Paywalls, kamen während der Plenumsdiskussion zur Sprache. Nochmals wurde die Wichtigkeit von Qualitätsjournalismus betont und die mit dem NetzDG eingeführte Pflicht der sozialen Netzwerke, Verantwortliche mit deutschen Adressen zu benennen. Die zunehmende Zahl von Fusionen im deutschen Pressesektor wurde ebenso angesprochen. Positiv sei ein Wandel hinsichtlich der zunehmenden Wertschätzung von Qualitätsjournalismus: Medien, die keine gut recherchierte und fundierte Berichterstattung böten, bekämen zusehends weniger Ansehen und Aufmerksamkeit des Publikums als solche, die Standards für seriösen Journalismus erfüllten. Betont wurde in der Diskussion auch der Unterschied zwischen „Autoritären“ und „Autoritäten“: Letztere müssten in Handeln, Reden und Wirken übereinstimmen und in der Lage sein, ihre Fehler offen zuzugeben und mehr noch, aus ihnen zu lernen. Solche Autoritäten würden heute überwiegend fehlen, so Weberling.

Medienrecht in Südosteuropa: Theorie und Realität

In den zahlreichen Rankings zur Pressefreiheit stünden die südosteuropäischen Länder überwiegend schlecht da, stellte die Moderatorin des Panels, *Darija Fabijanić* vom Medienprogramm Südosteuropa der Konrad-Adenauer-Stiftung, fest und ging gemeinsam mit den Referenten den Ursachen auf den Grund, weshalb Pressefreiheit nicht funktioniere und ob letztlich die Rahmenbedingungen oder die mangelnde Implementierung dafür verantwortlich seien.

Einen Überblick über die Rechtslage in Rumänien gab zunächst *Hartmut Rank*, Leiter des Rechtsstaatsprogramms Südosteuropa der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Bukarest. In Rumänien gebe es kein Pressegesetz, lediglich ein Gesetz für audiovisuelle Medien. Zwar hätte es in Rumänien eine Diskussion darüber gegeben, diese sei aber aufgrund des abschreckenden Beispiels des ungarischen Mediengesetzes zum Erliegen gekommen. Auf institutioneller Ebene gebe es einen Rat für audiovisuelle Medien, der auch tatsächlich Strafen verhängen könne. Auch gebe es einen Presserat, der zwei Kodizes erarbeitet habe. Bei der Frage zur Umsetzung müsse man anmerken, dass der Zugang zu Informationen zwar von öffentlichem Interesse sei, aber trotz eindeutiger Rechtslage immer noch häufig ignoriert werde. Auch werde der öffentlich-rechtliche Rundfunk komplett aus staatlicher Hand finanziert, Rundfunkgebühren habe man abgeschafft und die Finanzierung reiche nicht annähernd aus. In Rumänien gebe es dennoch eine breite Medienlandschaft, in der auch kritische Medien existierten.

Dr. *Brikena Kasmi* von der Universität Tirana beschrieb die Rechtslage in Albanien, wo neue Regelungen zwar existierten, manche EU-Vorschriften sogar übernommen, andere jedoch weggelassen würden, und nach wie vor Diskriminierung und Regelungslücken hinsichtlich Presse und Online-Medien existierten. Auch gebe es keine Autoritäten, die Urheberrechtsverletzungen audiovisueller Medien sanktionieren würden. AMA, die Aufsichtsbehörde für audiovisuelle Medien in Albanien, habe zwar das Recht auf Gegendarstellung und andere Verfahren gegen Rechtsverletzungen eingeführt, würde sich dabei jedoch vor allem auf Online-Fernsehen konzentrieren und Online-Nachrichtenportale zurückstellen. Künftig solle es neue Gesetzgebungsverfahren in verschiedensten Bereichen des Medienrechts geben; dabei stünden vor allem Gegendarstellungsansprüche im Mittelpunkt. Im Augenblick herrschten keine ausreichenden Impressumspflichten, wodurch die Durchsetzung von Gegendarstellungsansprüchen stark erschwert werde. Wie auch in anderen Ländern Südosteuropas würden zahlreiche Fernsehsender nicht in den Händen von Medienunternehmen liegen, sondern durch Wirtschaftsunternehmen wie Baufirmen und Mischkonzerne dominiert. Auch fehle es nicht am politischen Willen, die Situation zu

verändern, so Kasmi, sondern es überwiege vor allem die Angst der Politiker, in die Kritik der Medien zu geraten und so Ablehnung zu erfahren.

Zwar habe es seit der Medienrechtsreform von 2010 in Ungarn keine Änderungen gegeben, jedoch sei die Lage der Medien deutlich schlechter geworden, erklärte *Petra Szávai* von der Universität Pécs (Fünfkirchen). Die öffentlich-rechtlichen Medien würden von einem Anbieter bereitgestellt und der Inhalt von einem weiteren Anbieter erstellt, welcher den überwiegenden Teil der Journalisten beschäftige, die Vermögenswerte innehaben und nicht von unabhängigen Organen reguliert werde. Auch der Medienmarkt habe sich stark verändert: Fast keiner der privaten Medieneigentümer habe sich dauerhaft etablieren können, so bildeten unabhängige Medien nur einen geringen Marktanteil. Teilweise würden Medien sogar von Geschäftsleuten mit engen Verbindungen zu Fidesz geführt. Für kritische Journalisten sei es schwierig, an Regierungsinformationen zu kommen, die anderen Medien zur Verfügung gestellt würden. Es werde in Ungarn durch die Medien ein Klima der Angst und Fremdenfeindlichkeit geschürt, beschrieb Szávai. – Auf die Frage, wie die EU den freien Medien in Ungarn helfen könne, gab Petra Szávai eine konkrete Antwort: Nämlich ein Verfahren nach Art. 7 EUV einzuleiten. Auch gebe es Druck aus der Bevölkerung für Veränderungen in der Berichterstattung und immer mehr die Bereitschaft, für Medien mit gutem Journalismus zu bezahlen – allerdings sei die Bevölkerung nicht ausreichend vernetzt.

Prof. Dr. *Dejan Milenković* von der Universität Belgrad beschrieb die Situation in Serbien als unverändert im Vergleich zum Jahr 2014. Weder in der Politik noch in den Medien herrsche Einigkeit darüber, wie die rechtlichen Rahmenbedingungen in Serbien auszusehen hätten. Unausgeglichenheit der Aufsichtsbehörden für elektronische Medien, *hate speech*, mangelnde Transparenz und Regulierung der Finanzierung von privaten Medien sowie Selbstzensur stellten große Herausforderungen dar. Gerade die unethische und auf Verletzung von journalistischen Standards beruhende Berichterstattung – d.h. so genannter *hate speech* – würde häufig nicht ausreichend sanktioniert. Auch gebe es in Serbien Gewaltausschreitungen und Drohungen gegen Journalisten, die effektiven Journalismus verhinderten.

Unabhängige Medienberichterstattung gegen Korruption

Das nächste von Dr. *Hansjörg Brey* (Südosteuropa-Gesellschaft) moderierte Thema der Medienrechtstage war unabhängige Berichterstattung als potenzielles Mittel gegen Korruption. Eines der bemerkenswertesten Beispiele unserer Zeit seien die Panama-Papers, welche auch korrupte Strukturen in Ost- und Südosteuropa betroffen hätten.

Als erstes erhielt *Iva Mrvová*, Journalistin bei ‚aktuality.sk‘, das Wort und skizzierte ein tragisches Bild der Geschehnisse von Februar 2018 in der Slowakei. Die Tötung des Journalisten Ján Kuciak und seiner Verlobten habe das Bedürfnis der Bevölkerung nach Aufklärung und Wandel geweckt. So würden sich täglich immer mehr Menschen auf die Straße begeben, um ihren Protest auszudrücken. Ján Kuciak habe durch eine umfassende Recherche zahlreiche Anhaltspunkte für die Verstrickungen zwischen der slowakischen Politik und der ´Ndrangheta (italienischen Mafia) aufzeigen können, so Mrvová. Nach dem Rücktritt des Premierministers habe die Slowakei aber keine signifikante rechtliche und politische Veränderung erfahren.

Zwar kenne Polen investigativen Journalismus bereits seit einer Weile, besonders in jüngster Vergangenheit aber hätten einige wenige Journalisten schlimmste Auswüchse von Korruption aufdecken und damit auch bekämpfen können, schilderte LL.M. *Jacek Wojtas*, Europa-Beauftragter des Polnischen Zeitungsverlegerverbandes in Warschau. Die Transformation nach 1989 habe viele korrupte Strukturen

hinterlassen und alte Eliten hätten sich schwergetan, an der neuen Demokratie auf transparente Weise mitzuwirken. Daher seien Journalisten auch heute noch bei den Herrschenden in Polen nicht beliebt. Es käme regelmäßig zu Ermittlungsverfahren gegen Journalisten, da ihnen nicht selten Einbrüche, Beleidigungen oder andere Straftaten vorgeworfen würden. Investigativer Journalismus brauche finanzielle Mittel zur Sicherung des Lebensunterhaltes von Journalisten, glaubwürdige Quellen und Sicherheitsmaßnahmen, um Informationsschutz zu sichern, sowie ausreichend Zeit und eine große Portion Mut. Dies gelte in Polen genauso wie anderswo.

Hanno Gundert, Geschäftsführer von n-ost, stellte anschließend kurz die Tätigkeit des Netzwerks für Osteuropa-Berichterstattung e.V. vor. Das Augenmerk habe zunächst auf der Verbesserung der Qualität von Berichterstattung in Osteuropa gelegen; außerdem habe man eine Art Syndikat-Modell schaffen wollen, das es ermöglicht, eine Vielzahl guter Reportagen und Artikel zu finanzieren und in deutschsprachigen Medien veröffentlichen zu können. Letzteres konnte seit 2014 intensiviert und internationalisiert werden. Ein Netzwerk für Medienkompetenz sowie ein Netzwerk für investigativen Journalismus und Medienkonferenzen dienten dem Ziel, eine Plattform zum Austausch zwischen Journalisten aus verschiedenen Ländern zu bieten und sich über die eigenen Grenzen hinaus zu vernetzen. Erfahrungen aus dem Netzwerk würden zeigen, dass sich die verschiedenen Reportage-Kulturen gegenseitig verstärkten. Die Transparenz und Vielfalt der Finanzierungsquellen, die Einhaltung von Standards für Qualitätsjournalismus und dessen Dokumentation sowie das Bewusstsein für die Rolle, die Journalisten in der Gesellschaft zur Meinungsbildung spielen, seien von großer Bedeutung für investigativen Journalismus. „Enthüllungen müssen Resultate zeigen“, erklärte Hanno Gundert, da sich insbesondere bei Rechtsbrüchen eine Strafanzeige oder Klage anbiete, um der Gesellschaft die Bedeutung und Wirkung guter journalistischer Arbeit aufzuzeigen. Aber auch die erzählerisch ansprechende Vermittlung von Themen, mit einem Gefühl für die lokale Medienlandschaft und wie diese funktioniere, seien wichtig, damit Reportagen auch von der Gesellschaft wahrgenommen würden.

Einigkeit bestand für die Anwesenden vor allem in Hinblick auf die Wichtigkeit der Einhaltung journalistischer Standards für investigativen Journalismus sowie eine engere Zusammenarbeit und Austausch von Erlebnissen, Informationen und Quellen über Ländergrenzen hinweg zum Schutz von Journalisten. Aber auch die neu eingeführte Vergütungspflicht für die Nutzung der Leistungsschutzrechte, die der Schaffung einer finanziellen Grundlage hoffentlich Vorschub leistet, wurde positiv aufgenommen.

Verhinderung von Medienmonopolen durch Transparenz

„StopFake“-Journalistin *Galyna Schimansky-Geier* aus Kiew erklärte, dass der ukrainischen Bevölkerung der Einfluss von Oligarchen auf die großen Fernsehsender durchaus bewusst sei und man auch wisse, dass diese Sender oftmals parteiisch seien und Unwahrheiten verbreiten würden. Doch die oft polarisierte Berichterstattung führe zur Gleichgültigkeit. Letztendlich sei die Bevölkerung müde von den zahlreichen Konflikten der Oligarchen, des Krieges und des Informationskrieges von Russland gegen die Ukraine. Besonders problematisch sei das Dilemma, in dem viele Journalisten steckten: Einerseits wolle man das Heimatland schützen und damit jegliche kritische Berichterstattung unterlassen, um die Ukraine nicht als „gescheiterten Staat“ in den Augen Russlands hinzustellen und damit zu schwächen. Dies nütze die Regierung allerdings auch als Ausrede zur Rechtfertigung ihrer Skandale und ihrer Korruption, erklärte Schimansky-Geier. Auf der anderen Seite neigten manche Journalisten dazu, gerade über Themen zu berichten, die sich gut recherchieren ließen und im Interesse der Öffentlichkeit stünden. „StopFake“ sei zwar gegründet worden, um der Desinformation und Propaganda Russlands etwas entgegenzusetzen. Die NGO leiste auch Aufklärungsarbeit und führe Workshops für Medienkompetenz durch, doch habe dies noch keinen großen Erfolg bewirken können, beschrieb die

Journalistin. Sie hoffe aber, dass die kritische Bevölkerung in Zukunft mehr Druck in Richtung einer freien, offenen und gut regierten Ukraine machen werde.

Dr. *Ivo Indzhov*, Dozent an der Universität Veliko Tarnovo, schilderte, dass Korruption und die undurchsichtigen Eigentumsverhältnisse der (Print)Medien auch in Bulgarien ein Phänomen seien. Die oft prekär finanzierten Medien seien zuweilen von EU-Werbemitteln abhängig, die allerdings ohne Ausschreibung von den nationalen Ministerien vergeben würden. Indzhov beschrieb, dass die Zahlen der Auflagen nicht bekannt seien, man aber mutmaßen könne, dass diese drastisch sinken und etwa 70 % der Einschaltquoten durch lediglich zwei Sender generiert würden. Auch die Entschlusskraft, gegen Fake News vorzugehen, würde zunehmend sinken. Zwar gebe es Druck seitens akademischer Kreise, die Situation zu verbessern, es mangle allerdings an Initiative seitens der Bevölkerung und der Medien selbst. Die Menschen in Bulgarien interessierten sich scheinbar nicht für Journalismus, weil dieser insgesamt ungläubwürdig sei, so Indzhovs Fazit.

„Transparenz gibt es in der polnischen Sprache nicht“, spitzte *Jacek Wojtas* seine Ausführungen zur Situation der Medientransparenz in Polen zu. Mit der Privatisierung der Mediengossenschaften seien ausländische Verleger gekommen, die Know-how und Geld mitbrachten, schilderte er. Darunter habe es deutsche Verleger gegeben, die eigene Niederlassungen unter eigener Leitung gründeten und andere, die sich für ein polnisches Management entschieden. Nachdem PiS die Parlamentsmehrheit gewonnen habe, hätte man mit einer Verfassungsreform „im Sinn der Partei“ begonnen – als nächstes habe man das öffentlich-rechtliche Fernsehen durch die Entlassungen kritischer Journalisten umgestaltet. Auch das Polizeirecht erlaube quasi eine umfassende Überwachung, sodass die Medien der staatlichen Gewalt ausgeliefert seien. Und da auch die Werbeeinnahmen fast vollständig eingebrochen seien, sei nun die Situation der kritischen Medien sehr schwierig geworden. Dennoch ermutigte Wojtas die Zuhörerschaft – schließlich sei kritisches Denken und glaubwürdiger Journalismus die beste Waffe gegen Fake News, und diese gebe es glücklicherweise noch in Polen. Auch das Bewusstsein der Menschen habe sich allmählich geändert. Deshalb und auch wegen der Reform des Leistungsschutzrechts zugunsten der Zeitungen schaue er hoffnungsvoll in die Zukunft der Medien und der Demokratie in Polen.

„Die Zusammenarbeit ist in einer freundschaftlichen Atmosphäre verlaufen“ – Die vergessene Praxis des Hitler-Stalin-Pakts, 1939-1941

Zum Abschluss der Veranstaltung präsentierte Prof. Dr. *Claudia Weber* ihr aktuelles Forschungsprojekt zum Thema „Die Zusammenarbeit ist in einer freundschaftlichen Atmosphäre verlaufen“ – Die vergessene Praxis des Hitler-Stalin-Pakts, 1939-1941“. Anhand zahlreicher Fotografien aus Archiven beleuchtete Weber, wie der deutsche und der russische Terrorapparat von 1939 bis 1941 entlang der damaligen Demarkationslinie zusammengearbeitet habe. Erschreckend und aus wissenschaftlicher Sicht beeindruckend sei dieser Aspekt des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts bzw. wie umstandslos und allein auf die eigenen Interessen gerichtet die Zusammenarbeit der zwei einander feindlich gesinnten Staaten verlaufen sei. Zwei verfeindete Staaten und zwei gegeneinander gerichtete Ideologien hätten hier einen erstaunlichen Einklang gefunden, so Weber.

Ergebnisse der 15. Frankfurter Medienrechtstage 2018 und Ausblick auf die 16. Frankfurter Medienrechtstage 2019

Ließe man die 15. Frankfurter Medienrechtstage 2018 Revue passieren, so ergebe sich trotz des erfreulichen Anlasses der Gründung der Zweigstelle Frankfurt (Oder) der Südosteuropa-Gesellschaft allein für die Lage der Medien in Südosteuropa ein ernüchterndes Bild, leitete Prof. Dr. *Johannes Weberling* seine Abschlussrede ein. So ließe sich trotz der Notwendigkeit und Wichtigkeit des

Medienrechts allgemein feststellen, dass es mit dem Recht und den Medien allein nicht getan sei, es käme erst darauf an, was man daraus mache. Recht sei von unschätzbarem Wert – man müsse aber auch für die Durchsetzung der an sich so wertvollen Rechte sorgen. Auch sei während der Tagung immer wieder an die Medien als „Wachhund der Demokratie“ erinnert worden sowie daran, dass es für Journalisten und Kritiker – also Personen, die den Finger heben – ein ganz wesentliches Hilfsmittel gebe: den Scheinwerfer der Öffentlichkeit, fuhr Weberling fort. Personen, die diesen Scheinwerfer auf Zustände in der Öffentlichkeit richteten, würden kaum bis keinen persönlichen Schaden davontragen. Es gelte manchmal durchzuhalten, bis es eine kritische Masse in der Gesellschaft gebe, die eine Veränderung dann tatsächlich auch in die Wege leiten könne.

Die Bedeutung von Transparenz, die einerseits die Missbräuche der Medienmacht deutlich mache und andererseits, weil sie bei ihrem Vorhandensein ihrem Träger eine Glaubwürdigkeit verleihe, der irregulären Ausübung der Medienmacht Widerstand zu leisten, wurde mehrfach von den Vortragenden betont. Natürlich könnte und sollte man auch weiterhin Instrumente, mit denen man die Medienfreiheit und ihre Entwicklung unterstützen und stabilisieren könne, diskutieren und ein sogenanntes strategisches Fenster, wenn es dann eines Tages soweit sei, nutzen. Bis dahin solle man im Rahmen der eigenen Möglichkeiten handeln, Europa in die Pflicht nehmen und die europäischen Partner zum aktiven Handeln animieren. Denken, Sprechen und Handeln müssten übereinstimmen. Mit dem Appell, die Deutsche Welle möge endlich ihre Südosteuroparedaktion wieder öffnen, da sie gewünscht, gebraucht und notwendig sei, schloss Prof. Weberling die diesjährigen Medienrechtstage.